

Antrag zum Vorbezug des Freizügigkeitskapitals (WEF)

Freizügigkeitskontonummer(n):

☐ Herr ☐ Frau (nachstehend **Vorsorgenehmer** genannt)

Name

Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort/Land

Geburtsdatum

Zivilstand

Ehegatte bzw. eingetragener Partner/Name, Vorname

Ehegatte bzw. eingetragener Partner/Geburtsdatum

☐ Guthaben verpfändet (Pfandentlassung beilegen)

beantragt bei der Credit Suisse Freizügigkeitsstiftung 2. Säule (nachstehend Stiftung genannt):

☐ **die Auszahlung** (Konto wird saldiert)

☐ **eine Teilauszahlung von CHF** _____

Der Auszahlungsbetrag wird von der Stiftung im Sinne von Art. 4 des WEF Reglements berechnet.

Auszahlungsgrund: (Zutreffendes bitte ankreuzen) ☒

☐ Erwerb von selbstbewohntem Wohneigentum für Eigenbedarf

☐ Amortisation der Schuld auf selbstbew. Wohneigentum für Eigenbedarf

☐ Erstellung/Neubau von selbstbew. Wohneigentum für Eigenbedarf

☐ Renovation von selbstbewohntem Wohneigentum für Eigenbedarf

Bitte legen Sie als Beweismittel die Unterlagen gemäss separater Übersicht bei.

☐ Der Vorsorgenehmer erklärt, in den vergangenen 3 Jahren **gemäss beigelegten Bescheinigungen** Einkäufe in die Pensionskasse getätigt zu haben. Die steuerlichen Konsequenzen einer Auszahlung sind bei Ihrem zuständigen Steueramt abzuklären.

Der Vorsorgenehmer bestätigt, dass das betreffende Objekt von ihm selbst als Wohnsitz genutzt wird. Haben Sie in den vergangenen 5 Jahren bereits einen Vorbezug getätigt, empfiehlt Ihnen die Stiftung, die steuerlichen Konsequenzen bei Ihrem Steueramt vorabzuklären.

Sofern das Freizügigkeitskapital in Anlagegruppen angelegt ist, werden für die Auszahlung ohne separaten Auftrag entsprechend Ansprüche zum jeweils von der Anlagestiftung festgelegten Kurs verkauft.

Die Stiftung behält sich vor, weitere Beweise für die Anspruchsberechtigung zu verlangen.

Vergütungsauftrag

Der Auszahlungsbetrag ist an folgendes Bank-/Postkonto zu überweisen:

Verkäufer / Ersteller / Darlehensgeber / Handwerker

Bankverbindung / Geschäftsstelle

Bankkonto Nr. oder IBAN

Gewünschter Auszahlungstermin

Der unterzeichnende Vorsorgenehmer und gegebenenfalls dessen Ehegatte bzw. dessen eingetragener Partner bestätigen, von der Stiftung über die Folgen des Vorbezugs, insbesondere über Steuerpflicht informiert worden zu sein.

Aufgrund des Vorbezugs ist die Stiftung verpflichtet:

- eine Verkaufsbeschränkung im Grundbuch eintragen zu lassen. Dieses Formular wird dem zuständigen Grundbuchamt weitergeleitet und gilt als Ermächtigung für die Eintragung.
- bei Auszahlung für Personen mit Wohnsitz im Ausland die eidg. und kantonalen Quellensteuern abzuziehen.
- bei Auszahlungen für Personen mit Wohnsitz im Inland eine Meldung an die Eidg. Steuerverwaltung zu erstatten.

Die Stiftung erhebt für Gesuche um Vorbezug der Freizügigkeitsleistung eine Bearbeitungsgebühr von CHF 400.–.

Ort, Datum

Visum (intern)

Unterschrift des Vorsorgenehmers

Unterschrift des Ehegatten bzw. des eingetragenen Partners

X

X

Antrag zum Vorbezug des Freizügigkeitskapitals (WEF)

Freizügigkeitskontonummer(n):

☐ Herr ☐ Frau (nachstehend **Vorsorgenehmer** genannt)

Name

Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort/Land

Geburtsdatum

Zivilstand

Ehegatte bzw. eingetragener Partner/Name, Vorname

Ehegatte bzw. eingetragener Partner/Geburtsdatum

☐ Guthaben verpfändet (Pfandentlassung beilegen)

beantragt bei der Credit Suisse Freizügigkeitsstiftung 2. Säule (nachstehend Stiftung genannt):

☐ **die Auszahlung** (Konto wird saldiert)

☐ **eine Teilauszahlung von CHF** _____

Der Auszahlungsbetrag wird von der Stiftung im Sinne von Art. 4 des WEF Reglements berechnet.

Auszahlungsgrund: (Zutreffendes bitte ankreuzen) ☒

☐ Erwerb von selbstbewohntem Wohneigentum für Eigenbedarf

☐ Amortisation der Schuld auf selbstbew. Wohneigentum für Eigenbedarf

☐ Erstellung/Neubau von selbstbew. Wohneigentum für Eigenbedarf

☐ Renovation von selbstbewohntem Wohneigentum für Eigenbedarf

Bitte legen Sie als Beweismittel die Unterlagen gemäss separater Übersicht bei.

☐ Der Vorsorgenehmer erklärt, in den vergangenen 3 Jahren **gemäss beigelegten Bescheinigungen** Einkäufe in die Pensionskasse getätigt zu haben. Die steuerlichen Konsequenzen einer Auszahlung sind bei Ihrem zuständigen Steueramt abzuklären.

Der Vorsorgenehmer bestätigt, dass das betreffende Objekt von ihm selbst als Wohnsitz genutzt wird. Haben Sie in den vergangenen 5 Jahren bereits einen Vorbezug getätigt, empfiehlt Ihnen die Stiftung, die steuerlichen Konsequenzen bei Ihrem Steueramt vorabzuklären.

Sofern das Freizügigkeitskapital in Anlagegruppen angelegt ist, werden für die Auszahlung ohne separaten Auftrag entsprechend Ansprüche zum jeweils von der Anlagestiftung festgelegten Kurs verkauft.

Die Stiftung behält sich vor, weitere Beweise für die Anspruchsberechtigung zu verlangen.

Vergütungsauftrag

Der Auszahlungsbetrag ist an folgendes Bank-/Postkonto zu überweisen:

Verkäufer / Ersteller / Darlehensgeber / Handwerker

Bankverbindung / Geschäftsstelle

Bankkonto Nr. oder IBAN

Gewünschter Auszahlungstermin

Der unterzeichnende Vorsorgenehmer und gegebenenfalls dessen Ehegatte bzw. dessen eingetragener Partner bestätigen, von der Stiftung über die Folgen des Vorbezugs, insbesondere über Steuerpflicht informiert worden zu sein.

Aufgrund des Vorbezugs ist die Stiftung verpflichtet:

- eine Verkaufsbeschränkung im Grundbuch eintragen zu lassen. Dieses Formular wird dem zuständigen Grundbuchamt weitergeleitet und gilt als Ermächtigung für die Eintragung.
- bei Auszahlung für Personen mit Wohnsitz im Ausland die eidg. und kantonalen Quellensteuern abzuziehen.
- bei Auszahlungen für Personen mit Wohnsitz im Inland eine Meldung an die Eidg. Steuerverwaltung zu erstatten.

Die Stiftung erhebt für Gesuche um Vorbezug der Freizügigkeitsleistung eine Bearbeitungsgebühr von CHF 400.–.

Ort, Datum

Visum (intern)

Unterschrift des Vorsorgenehmers

Unterschrift des Ehegatten bzw. des eingetragenen Partners

X

X

Übersicht

<div>Notwendige Unterlagen</div> <div>Auszahlungsgrund</div>	Vollständig ausgefüllter Bezugsantrag	Kaufvertrag (nicht älter als 12 Monate) oder Entwurf des Kaufvertrages. Falls Kaufvertrag älter als 12 Monate, aktueller Grundbuchauszug (ebenfalls nicht älter als 12 Monate)	Kreditvertrag oder Zugeschreiben des Hypothekargabers (Objekt und Hypothekarnummer müssen erwähnt sein)	Kopie Landkaufvertrag (nicht älter als 12 Monate), falls älter als 12 Monate, aktueller Grundbuchauszug (ebenfalls nicht älter als 12 Monate)	Baubewilligung sofern Vorsorgenehmer Bauherr ist, ansonsten Generalunternehmer- oder Werkvertrag	Aktueller Grundbuchauszug (nicht älter als 12 Monate)	Bestätigung des Hypothekargabers über die aktuelle Hypothekarschuld (inkl. Zahlungsinstruktionen)	Handwerker-Offerten (nach erfolgreicher Prüfung durch die Stiftung müssen die def. Rechnungen zur Zahlung an die Stiftung eingereicht werden)	Pass/ID Kopie des Ehegatten bzw. des eingetragenen Partners oder wenn unverheiratet und Betrag > CHF 10'000.– Zivilstandsnachweis (nicht älter als 1 Monat)
Erwerb von selbstbewohntem Wohneigentum für den Eigenbedarf	X	X	X						X
Erstellung / Neubau von selbstbewohntem Wohneigentum für den Eigenbedarf	X		X	X	X				X
Amortisation der Schuld auf selbstbewohntem Wohneigentum für den Eigenbedarf	X					X	X		X
Renovation von selbstbewohntem Wohneigentum für den Eigenbedarf	X					X		X	X

Unsere Stiftung verfügt für den Auszahlungsgrund «Renovation von selbstbewohntem Wohneigentum für den Eigenbedarf» über ein separates Merkblatt.

Allgemeine Hinweise

Gemäss Artikel 12 des Reglements für das Freizügigkeitskonto muss der Vorsorgenehmer mit dem Antrag zum Bezug die verlangten Dokumente einreichen. Die Stiftung ist berechtigt, weitere Abklärungen zu treffen und Unterlagen einzufordern. Die sorgfältige Identifikation des Vorsorgenehmers dient zum Schutz vor unberechtigtem Zugriff auf das Vorsorgekapital. Bei der Ausrichtung des Freizügigkeitskapitals wird die Stiftung in der Regel innerhalb von fünf Arbeitstagen nach Gutheissung des Auszahlungsgesuches des Vorsorgenehmers den Auftrag erteilen, die entsprechenden Ansprüche an Anlagegruppen zu veräussern.

Reglement über die Wohneigentumsförderung mit Mitteln der beruflichen Vorsorge (WEF)

Vorbemerkungen

Immer wenn im vorliegenden Reglement der Begriff *Vorsorgenehmer* verwendet wird, gilt er für beide Geschlechter. Aus Gründen der Übersichtlichkeit und Lesbarkeit wurde darauf verzichtet, jeweils die männlichen und die weiblichen Bezeichnungen zu verwenden.

Der im Sinne des Bundesgesetzes über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare vom 18. 6. 2004 eingetragene Partner ist einem Ehegatten gleichgestellt.

I Allgemeine Bestimmungen

1 Geltungsbereich

Das vorliegende Reglement regelt die Wohneigentumsförderung mit Mitteln der beruflichen Vorsorge bei der Credit Suisse Freizügigkeitsstiftung 2. Säule (nachstehend *Stiftung* genannt). Es ergänzt damit die Bestimmungen des Reglementes für das Freizügigkeitskonto.

2 Begriffe

2.1 Als Vorsorgenehmer im Sinne dieses Reglementes gelten alle Personen, zu deren Gunsten von der Stiftung mindestens ein Freizügigkeitskonto gemäss Reglement für das Freizügigkeitskonto geführt wird.

2.2 Als Freizügigkeitsleistung gilt der jeweilige Saldo des Freizügigkeitskontos.

2.3 Als Wohneigentumsförderung im Sinne dieses Reglementes gilt der Vorbezug oder die Verpfändung für

- den Erwerb und die Erstellung von Wohneigentum;
- Beteiligungen am Wohneigentum;
- die Rückzahlung von Hypothekendarlehen.

3 Grundsatz

3.1 Der Vorsorgenehmer kann einen Betrag bis zur Höhe seiner Freizügigkeitsleistung für Wohneigentum zum eigenen Bedarf als Vorbezug geltend machen.

3.2 Der Vorsorgenehmer kann einen Betrag bis zur Höhe seiner Freizügigkeitsleistung für Wohneigentum zum eigenen Bedarf verpfänden.

3.3 Der Vorsorgenehmer kann die Mittel der beruflichen Vorsorge gleichzeitig nur für ein Objekt beanspruchen.

3.4 Zulässige Objekte des Wohneigentums sind die Wohnung und das Einfamilienhaus.

3.5 Zulässige Formen des Wohneigentums sind:

- das Eigentum;
- das Miteigentum, namentlich Stockwerkeigentum;
- das Eigentum des Vorsorgenehmers mit seinem Ehegatten zu gesamter Hand;
- das selbstständige und dauernde Baurecht.

3.6 Zulässige Beteiligungen sind:

- der Erwerb von Anteilscheinen an einer Wohnbaugenossenschaft;
- der Erwerb von Aktien einer Mieter-Aktiengesellschaft;
- die Gewährung eines partiarischen Darlehens an einen gemeinnützigen Wohnbauträger.

3.7 Als Eigenbedarf gilt die Nutzung des Wohneigentums durch den Vorsorgenehmer selbst an seinem Wohnsitz oder seinem gewöhnlichen Aufenthalt. Wenn der Vorsorgenehmer nachweist, dass eine Nutzung vorübergehend nicht möglich ist, so ist die Vermietung während dieser Zeit zulässig.

II Vorbezug

4 Umfang

4.1 Der Vorbezug entspricht höchstens dem Betrag der Freizügigkeitsleistung zu Beginn des laufenden Kalenderjahres.

4.2 Vorsorgenehmer, die das 50. Altersjahr überschritten haben, dürfen höchstens den höheren der beiden nachfolgenden Beträge beziehen:

- a) den im Alter 50 ausgewiesenen Betrag der Freizügigkeitsleistung, erhöht um die nach dem Alter 50 vorgenommenen Rückzahlungen und vermindert um den Betrag, der aufgrund von Vorbezügen oder Pfandverwertungen nach dem Alter 50 für das Wohneigentum eingesetzt worden ist;
- b) die Hälfte der Differenz zwischen der Freizügigkeitsleistung im Zeitpunkt des Vorbezugs und der für das Wohneigentum in diesem Zeitpunkt bereits eingesetzten Freizügigkeitsleistung.

5 Zeitpunkt

Der Vorbezug kann mehrmals, jedoch höchstens alle fünf Jahre und spätestens bis fünf Jahre vor Erreichen des ordentlichen Rücktrittsalters geltend gemacht werden.

6 Fälligkeit, Überweisung

6.1 Die Stiftung zahlt einen Vorbezug spätestens sechs Monate seit Geltendmachung aus.

6.2 Die Stiftung überweist den Vorbezug gegen Vorweisung der entsprechenden Belege und im Einverständnis mit dem Vorsorgenehmer direkt an den Verkäufer, Ersteller, Darlehensgeber oder die nach Ziff. 3.6 Berechtigten. Eine Auszahlung an den Vorsorgenehmer ist grundsätzlich nicht möglich.

7 Veräusserungsbeschränkungen

7.1 Der Vorsorgenehmer oder seine Erben dürfen das Wohneigentum nur veräussern, wenn sie den vorbezogenen Betrag an die Stiftung oder an die Vorsorgeeinrichtung des neuen Arbeitgebers zurückzahlen.

7.2 Eine solche Veräusserungsbeschränkung wird durch die Stiftung nach der Auszahlung beim zuständigen Grundbuchamt zur Anmerkung angemeldet. Die dabei entstehenden Gebühren des Grundbuchamtes werden dem Vorsorgenehmer in Rechnung gestellt.

Die Anmerkung kann mit oder ohne ausdrückliches Begehren des Vorsorgenehmers durch die Stiftung gelöscht werden:

- fünf Jahre vor Erreichen des ordentlichen Rücktrittsalters; nach Eintritt eines Vorsorgefalles oder bei Barauszahlung der Freizügigkeitsleistung
- wenn nachgewiesen wird, dass der in das Wohneigentum investierte Betrag auf die Vorsorgeeinrichtung des Vorsorgenehmers oder auf eine Freizügigkeitseinrichtung überwiesen worden ist.

7.3 Erwirbt der Vorsorgenehmer mit dem Vorbezug Anteilscheine einer Wohnbaugenossenschaft oder ähnliche Beteiligungen, so hat sie diese bis zur Rückzahlung oder bis zum Eintritt eines Vorsorgefalles oder der Barauszahlung bei der Stiftung zu hinterlegen.

8 Leistungskürzungen

Mit dem Vorbezug wird der Anspruch auf die reglementarischen Leistungen nach Massgabe des noch vorhandenen Guthabens herabgesetzt.

9 Rückerstattung des Vorbezuges

9.1 Der vorbezogene Betrag muss vom Vorsorgenehmer oder von seinen Erben an die Stiftung oder an die Vorsorgeeinrichtung des neuen Arbeitgebers zurückerstattet werden, wenn

- das Wohneigentum veräussert wird;
- Rechte an diesem Wohneigentum eingeräumt werden, die wirtschaftlich einer Veräusserung gleichkommen.

9.2 Der Vorsorgenehmer kann den vorbezogenen Betrag freiwillig zurückzahlen bis

- drei Jahre vor Erreichen des ordentlichen Rücktrittsalters,
- zum Eintritt eines anderen Vorsorgefalles oder
- zur Barauszahlung der Freizügigkeitsleistung.

III Verpfändung

10 Umfang

10.1 Die Verpfändung kann sich auf den Betrag des aktuellen oder künftigen Freizügigkeitskapitals beziehen.

10.2 In beiden Fällen entspricht sie höchstens dem Betrag der Freizügigkeitsleistung im Zeitpunkt der Pfandverwertung.

10.3 Der Anspruch auf Verpfändung der Freizügigkeitsleistung eines Vorsorgenehmers, der das Alter 50 überschritten hat, richtet sich sinngemäss nach Ziff. 4.2.

10.4 Die sukzessive Anpassung des verpfändeten Betrages an die maximale Höhe gemäss Ziff. 10.2 und 10.3 ist zulässig.

11 Verfügungsbeschränkungen

11.1 Ist das Vorsorgeguthaben ganz oder teilweise verpfändet, kann die

- Barauszahlung als Freizügigkeitsleistung,
- Auszahlung als Vorsorgeleistung und die
- Übertragung eines Teils der Freizügigkeitsleistung infolge Scheidung auf eine Vorsorgeeinrichtung des anderen Ehegatten

nur mit schriftlicher Zustimmung des Pfandgläubigers vorgenommen werden. Diese Zustimmung ist durch den Vorsorgenehmer bzw. die Anspruchsberechtigten einzuholen.

11.2 Verweigert der Pfandgläubiger die Zustimmung, stellt die Stiftung den entsprechenden Betrag sicher.

11.3 Bei der Übertragung der Freizügigkeitsleistung auf eine Vorsorgeeinrichtung oder eine andere Freizügigkeitseinrichtung teilt die Stiftung dem Pfandgläubiger mit, an wen und in welchem Umfang die Freizügigkeitsleistung übertragen worden ist.

12 Folgen einer Pfandverwertung

Bei einer Verwertung des verpfändeten Betrages treten für diesen die Wirkungen des Vorbezuges ein und die entsprechenden Bestimmungen dieses Reglementes gelten sinngemäss.

IV Gemeinsame Bestimmungen

13 Verfahren und Unkostenbeitrag

13.1 Will ein Vorsorgenehmer den Vorbezug oder die Verpfändung seines Freizügigkeitsguthabens geltend machen, hat er der Stiftung ein schriftliches Gesuch einzureichen. Dieses muss bei verheirateten Personen vom Ehegatten mitunterzeichnet werden und soll insbesondere über folgende Punkte Auskunft geben:

- Betrag des Vorbezuges oder der Verpfändung;
- Verwendung der Mittel für eine der in Ziff. 2.3 genannten Zweckbestimmungen;
- Objekt und Form des Wohneigentums bzw. Art der Beteiligung gemäss Ziff. 3.4 bis 6;
- Eigenbedarf gemäss Ziff. 3.7;
- beim Vorbezug ausserdem die Zahlungsadresse.

13.2 Dem Gesuch um Vorbezug oder Verpfändung sind alle zur Beurteilung des Sachverhaltes notwendigen Unterlagen wie Baupläne, Kaufvertrag, Vertrag über das Hypothekendarlehen, Reglemente und Verträge mit Wohnbaugenossenschaften und ähnlichen Bauträgern beizulegen. Die Stiftung kann vom Vorsorgenehmer jederzeit weitere Unterlagen verlangen.

13.3 Die Stiftung teilt dem Vorsorgenehmer ihren Entscheid raschmöglichst, spätestens aber innerhalb von drei Monaten seit Eingang des Gesuches mit. Mit dem Entscheid über das Gesuch informiert die Stiftung den Vorsorgenehmer mindestens über die in Ziff. 14.1 Bst. a) bis d) genannten Punkte.

13.4 Gestützt auf Ziffer 18 des Reglements für das Freizügigkeitskonto erhebt die Stiftung für die Durchführung eines Vorbezuges bzw. von Pfandverwertungen einen Unkostenbeitrag von CHF 400.–.

14 Informationspflichten

14.1 Die Stiftung informiert alle Vorsorgenehmer bei einem Vorbezug, bei einer Verpfändung sowie auf schriftliches Gesuch hin über

- a) das ihnen für das Wohneigentum zur Verfügung stehende Vorsorgekapital;
- b) die mit einem Vorbezug bzw. einer Pfandverwertung verbundenen Leistungskürzungen;
- c) die Steuerpflicht bei Vorbezug oder bei Pfandverwertung;
- d) den bei Rückzahlung des Vorbezuges oder den bei Rückzahlung nach einer vorgängig erfolgten Pfandverwertung bestehenden Anspruch auf Rückerstattung der bezahlten Steuern sowie die zu beachtende Frist.

14.2 Die Stiftung gibt bei einer Übertragung der Freizügigkeitsleistung der neuen Vorsorgeeinrichtung dem Vorsorgenehmer darüber Aufschluss, ob und in welchem Umfang die Freizügigkeitsleistung verpfändet ist oder Mittel vorbezogen wurden.

14.3 Die Stiftung meldet den Vorbezug bzw. die Pfandverwertung des Freizügigkeitskapitals sowie die Rückzahlung des Vorbezuges auf einem besonderen Formular der Eidg. Steuerverwaltung.

15 Steuerrecht

15.1 Der Vorbezug sowie der aus einer Pfandverwertung des Freizügigkeitskapitals erzielte Erlös sind als Kapitalleistung aus Vorsorge sofort bei der Auszahlung steuerbar. Die Stiftung hat den gesetzlichen Steuerpflichten, insbesondere hinsichtlich der eidg. Verrechnungssteuer und der Quellensteuer nach eidgenössischem und kantonalem Recht nachzukommen.

15.2 Innerhalb von drei Jahren seit einer Rückzahlung des Vorbezuges oder des Pfandverwertungserlöses kann der Steuerpflichtige verlangen, dass ihm die beim Vorbezug oder der Pfandverwertung bezahlten Steuern zurückerstattet werden. Das Gesuch ist an die zuständige Behörde desjenigen Kantons zu richten, der die Steuer erhoben hat.

15.3 Die Eidg. Steuerverwaltung bestätigt den Vorsorgenehmern auf schriftliches Ersuchen, in welchem Umfang im Zeitpunkt der Bestätigung ihr Freizügigkeitskapital für das Wohneigentum verwendet ist. Sie bestätigt ferner den Betrag der besteuerten Kapitalleistungen, die noch nicht zurückerstatteten Steuerbeträge für Bund, Kantone und Gemeinden sowie die für die Rückerstattung zuständigen Behörden.

V Schlussbestimmungen

16 Lücken im Reglement

Durch dieses Reglement nicht ausdrücklich geregelte Fälle werden vom Stiftungsrat durch seine sinngemässe Anwendung unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften erledigt.

17 Anpassungen des Reglementes

17.1 Der Stiftungsrat kann das Reglement jederzeit unter Wahrung der erworbenen Ansprüche der Vorsorgenehmer abändern und insbesondere den Änderungen der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Bestimmungen anpassen.

17.2 Reglementsänderungen sind der Aufsichtsbehörde zur Kenntnis zu bringen.

18 Inkrafttreten

Das vorliegende Reglement tritt am 1. Januar 2014 in Kraft und ersetzt das *Reglement über die Wohneigentumsförderung mit Mitteln der beruflichen Vorsorge* vom 1. Januar 2012.